

KOMMENTAR

KPÖ-LAbg. Renate Pacher

LANDESBUDGET
Verbale Entgleisungen
als Ablenkung vom
unsozialen Budget



Das Landesbudget wurde von SPÖ und ÖVP im Alleingang beschlossen. Es Budget birgt viele Verschlechterungen. Aber darüber wurde im Landtag wenig diskutiert. In den Medien standen der Quatschbuden-Sager und der Deppensager des Landehauptmannes im Vordergrund. Dinge, die für das tägliche Leben der Steirerinnen und Steirer wenig Bedeutung haben. Von den echten Problemen spricht fast niemand.

Dabei ist vieles an diesem Budget sehr diskussionswürdig. Zum Beispiel die Entnahme von 111 Mio. Euro aus der Rücklage der Wohnbauförderung. Oder der Verkauf und die spätere Rückmietung der KAGES-Liegenschaften.

Was noch verschwiegen wird: Die Haupteinnahmen des Landes kommen aus den Taschen der arbeitenden Menschen und der Pensionist/inn/en. Denn die wichtigste Einnahmequelle des Landesbudgets sind die Steuereinnahmen, die das Land vom Bund anteilmäßig erhält. Und von diesem Steuerkuchen machen die Massensteuern, wie Lohn- oder Umsatzsteuer den Löwenanteil aus. Diese beiden Steuern sollen dem Finanzminister heuer 40 Milliarden Euro bringen. Bescheiden die geplanten Einnahmen aus der Einkommens- und der Körperschaftssteuer: Magere acht Milliarden. Diese Zahlen zeigen, wer in Österreich die Steuerbürde trägt.

Dabei könnte die Besteuerung durch Umverteilung von reich zu arm ganz anders aussehen. Die Reichen tragen immer weniger zum Staatshaushalt bei. Der Anteil der Vermögenssteuern zum ganzen Steuerkuchen liegt bei dürftigen 1,3 %. Damit liegt Österreich bei der Vermögensbesteuerung weit unter dem OECD-Durchschnitt von 5,6 %. Unser Land hat schon den Ruf eines Steuerparadieses für Reiche und Konzerne.

Das Staatsbudget und damit auch das Steirische Landesbudget könnte ganz anders aussehen. Bei den Einnahmen könnte z.B. stehen: 300 Millionen Euro für die Steiermark kommen aus der Wiedereinführung der Vermögenssteuer, 500 Millionen aus der Anhebung der Gewinnsteuern, 500 Millionen aus der Schließung der Steuerschlupflöcher für Privatstiftungen, 500 Millionen aus der Besteuerung von Aktienspekulationen... Für die KPÖ ist das soziale Gerechtigkeit. Diese Maßnahmen wären machbar, aber dazu bräuchte es einen Politikwechsel.

Aber darüber wurde im Landtag nicht diskutiert. Es kommt der Verdacht auf, die Entgleisungen der letzten Tage haben Methode. Damit wird in der Öffentlichkeit über Nebensächlichkeiten diskutiert, die wahren Einschnitte und Verschlechterungen geschehen im Verborgenen.



Murtal

Sprechstunde und Sozialberatung

mit KPÖ-LAbg. Renate Pacher und DSA Karin Gruber

Freitag, 25. Mai,

KPÖ Büro Knittelfeld 10.00 bis 12.00 Uhr

Knittelfeld, Friedensstraße 10

Voranmeldungen bitte unter: 03512/82240 oder 0316 / 877 5104



Eine aufgeweckte Kinderschar braucht eine gute Betreuung. Mit einem größeren Gruppen, wie das derzeit geplant ist, ist das nicht möglich. Auch nicht damit, dass die Pädagoginnen und Pädagogen nun für gleiches Geld mehr und länger arbeiten müssen. Es ist anzunehmen, dass sich das nicht positiv auf die Qualität der Betreuung auswirkt.

NEUES DIENSTRECHT: KPÖ SAGT NEIN!

Am Rücken der Kin

Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP beschloss der Landtag im März ein neues Dienst- und Besoldungsrecht für Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen. Durch die Änderung soll es möglich werden, öffentliche Kindergärten bei Bedarf auch während der Ferienzeit offen zu halten. Leidtragende dieser Lösung sind in erster Linie die Beschäftigten.

Das neue Dienstrecht für Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen birgt für diese gewaltige Verschlechterungen. Sie verlieren eine Woche ihres Urlaubes, ohne eine Gehaltsaufstockung zu bekommen. Bei Bedarf müssen sie zusätzlich 15 Tage im Jahr zur Verfügung stehen. Diese 15 Tage werden ihnen als Zeitausgleich gutgeschrieben. Allerdings ist nicht gewährleistet, dass dieser Zeitausgleich im Block konsumiert werden kann.

Auch für die Kinder führt die Änderung zu Verschlech-

terungen. So steigt die Zahl der Kinder pro Gruppe in der Krippe von zehn auf 14. KPÖ-Abgeordnete Claudia Klimt-Weithaler machte die Ablehnung ihrer Fraktion klar: „Das neue Dienstrecht bringt deutliche Verschlechterungen für die Kindergärtnerinnen. Da macht die KPÖ nicht mit!“. Detlef Gruber (SPÖ) hingegen verteidigte die neue Regelung. „Es war notwendig, einen Kompromiss zu treffen.“ Auch die Grünen stimmten gegen die Änderung des Dienstrechtes.

Die KPÖ richtete zum Thema Kinderbetreuungseinrich-